Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Oktober 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 237 — Mittwoch, 8. Oktober 1924 — XXXII. Jahrg.

Frankreichs Antwort auf das deutsche Völkerbundsmemorandum

Entgegenkommen in einigen Punkten — Die Tür zu weiteren Verhandlungen offen — Kein Bedenken gegen Aufrollung der Kolonialfrage

Zur Kriegsschuldfrage

Ein taktischer Irrtum der deutschen Demokraten und Sozialdemokraten

Von Fernand Gouttenoire de Toury

Der unsern Lesern bekannte französische Publizist, dessen Werke über den Kriegsursprung und die Kriegsschuldfrage eine internationale Bedeutung errungen haben, nimmt in dem nachfolgenden unserm Pariser ch.-Korrespondenten zur Verfügung gestellten Artikel zu dem taktischen Problem der Kriegsschuldfrage Stellung.
Die Redaktion.

Ich gehöre zu den wenigen Franzosen, die der Frage der Kriegsverantwortlichkeit eine große Bedeutung beimessen. Wir vertreten in der Tat die Ansicht, daß nach den Londoner Verhandlungen über die Reparationen und der Ausarbeitung des Genfer Protokolls der wahre Friede und der wahre Völkerbund nur dann verwirklicht werden können, wenn zwischen allen Völkern ein wahrhaftiges Vertrauen geschaffen worden ist.

Wir sind der Ansicht, daß ein solches Vertrauen — ganz besonders zwischen Deutschen und Franzosen — nicht existieren kann, solange man in der Völkergemeinschaft ein Volk, nämlich das deutsche, als verbrecherisch, allein verbrecherisch und barbarisch, unter allen andern fortdauernd kennzeichnet und diese unerhörte Behauptung ohne vorherige Untersuchung, ohne irgendeinen Urteilsspruch aufrechterhält. Wir sind der Ansicht, daß der Artikel 231 des unheilvollen Versailler Vertrages (sprechen wir heute nicht von dem Artikel 227 und den andern Bestimmungen, die sich auf die sogenannten Kriegsverbrecher beziehen) ein unüberbrückbares Hindernis zur Wiederherstellung eines wahren Friedens bedeutet, ein Hindernis, das beseitigt werden muß.

Wir sind beunruhigt, sogar überrascht, wenn wir unsern Blick auf die politischen Parteien und auf die Zeitungen in Deutschland und in Frankreich richten, denn wir konstatieren, daß auf beiden Seiten der gewaltige Protest gegen den Artikel 231 noch immer fehlt und sogar ein Entrüstungsruf laut wird, wenn — wie dies kürzlich geschah — der Reichskanzler Marx und andre Mitglieder der deutschen Regierung die Stimme erheben, um in maßvoller Art und Weise gegen die Kriegsschuldlüge zu protestieren.

Wenn wir unter Ausschaltung der Kommunisten, die sich in der Kriegsschuldfrage einen rein parteipolitischen Standpunkt zurechtgezimmert haben, die politischen Parteien Deutschlands Revue passieren lassen, so gelangen wir zu der merkwürdigen Feststellung, daß es eigentlich nur die Völkischen und die Deutschnationalen sind, die gegen den Artikel 231 den schärfsten Widerspruch erheben. In Frankreich bleibt es nach wie vor bei platonischen Kundgebungen. Demgegenüber steht: alle Parteien sind in Deutschland rein sachlich dahin einig, daß das Gewalturteil von Versailles beseitigt werden müsse. Ich finde z. B. in der „Wiener Arbeiterzeitung" vom 9. September 1924 einen Artikel Kautskys, in dem es heißt: „Alle deutschen Parteien, wie immer sie über die Kriegsschuld dachten, haben dagegen protestiert, daß eine entsetzliche Zwangslage dazu benützt wurde, ein Geständnis zu erpressen, das die große Mehrheit des deutschen Volkes für falsch hielt." Leider — ich wiederhole es — sind nicht alle Deutschen in diesem Punkte einig; allein die Nationalisten geben vor der Oeffentlichkeit ihren Empfindungen Ausdruck.

Weshalb diese Zurückhaltung seitens der deutschen Demokraten und Sozialisten? Handelt es sich nicht um eine Frage, die von der größten Bedeutung für Europas Schicksal ist?

Eine einzige Antwort ist meiner Ansicht nach möglich: Die deutschen Linksparteien fürchten, mit den Deutschnationalen in einen Korb geworfen zu werden, wenn sie gegen die Schuldlüge protestieren. Auch dafür lese ich in dem erwähnten Artikel Kautskys einen Beweis; er schreibt: „Eine günstigere internationale Atmosphäre in der Kriegsschuldfrage wird das deutsche Volk erst dann erlangen, wenn seine Regierungen entschieden und unzweideutig von Wilhelms Politik von 1914 abrücken. Das ist es, was einer deutschen Regierung der Republik obliegt, die auf die Kriegsschuld zu sprechen kommt, und nicht ein Protest gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages."

Ich bin mit Kautsky einig, wenn er die deutschen Sozialisten und Demokraten von den Nationalisten trennt, die die Schuldlüge und den Artikel 231 bekämpfen, um die frühere kaiserliche Regierung zu rehabilitieren und außerdem die Leistung der Reparationen verweigern. Aber ich bin überzeugt, daß es ein schweres Unrecht ist, wenn man, um diesen Unterschied aufrechtzuerhalten, den Nationalisten das Monopol des öffentlichen Protestes gegen den Artikel 231 überläßt.

Dieser Tage las ich in einem großen französischen Nationalistenorgan: „Das Berliner Meisterstück liegt darin, feierlichst seine Nichtverantwortlichkeit am Kriegsausbruch zu proklamieren. Die Kabinette der Alliierten sind entsetzt. Herriot drängt den Reichskanzler Marx dazu, diese Taktik einzustellen, nicht deshalb, weil sie skandalös ist, sondern weil sie nach Meinung Herriots nicht die gewünschte Opportunität besitzt. Macdonald hilft Herriot. Infolgedessen ist Deutschland in gewissem Sinne Schiedsrichter der europäischen Lage geworden, ein Zustand, der nach Meinung der Alliierten sobald wie möglich beseitigt werden muß."

Das Blatt behauptet, Herriot sei ein Schwächling. Wenn es von einem „Meisterstück" spricht, so spricht es eine Tatsache aus, denn die Deutschen haben im Kampf gegen den Artikel 231 das Recht und die moralischen Kräfte auf ihrer Seite, und gerade diese moralischen Kräfte sind es, die den Alliierten den Endsieg ermöglichen. War es nötig, daß die deutschen Demokraten und Sozialisten durch ihre Zurückhaltung den Nationalisten gestatteten, sich auf das erwähnte Meisterstück etwas einzubilden und daraus einen Trumpf in dem Spiel einer gefährlichen Politik zu machen?

Die Demokraten und Sozialdemokraten Deutschlands sollten sich gegen den Artikel 231 erheben, einem internationalen Protest der deutschen Regierung ihre volle Zustimmung geben und bei dieser Gelegenheit folgendes erklären: „Wir protestieren gegen die Verurteilung, die ohne vorherige Untersuchung ausgesprochen wurde, ohne in irgendeiner Weise den Ergebnissen einer Untersuchung vorgreifen zu wollen. Wir verteidigen nicht in jedem Stück die kaiserliche Vorkriegspolitik, wir sagen bloß, daß die Regierung Wilhelms II. nicht als alleinschuldig bezeichnet werden kann. Wir suchen nicht, den aus freier Zustimmung übernommenen Reparationspflichten zu entrinnen; im Gegenteil, wir proklamieren die Reparationen als notwendig, sowohl vom moralischen als auch vom politischen Standpunkt, nicht deshalb, weil Deutschland allein schuldig ist, sondern weil es in weitem Maße zu Verwüstungen beigetragen hat."

Wenn die deutschen Demokraten und Sozialdemokraten so sprächen, würden sie nicht riskieren, mit den Nationalisten verwechselt zu werden, und sie würden den letzteren das Monopol einer wirksamen Propaganda entreißen. Ich wiederhole, daß sich diese Propaganda starker moralischer Kräfte bedient. Diese Bemerkungen widme ich meinen Freunden in Deutschland und wäre glücklich, wenn sie dazu beitragen würden, eine wahre deutsch-französische Verständigung, ohne die es einen dauerhaften Frieden nicht geben kann, herbeizuführen.

•

Die Pazifistendemonstration in Potsdam

B. **Berlin**, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die geplante große Pazifistendemonstration hat gestern abend in Potsdam stattgefunden. Die Liga für Menschenrechte mußte sich allerdings mit dem kleinen Saal des sozialdemokratischen Gewerkschaftshauses begnügen, da sich alle Wirte weigerten, den französischen Professor Basch in ihrem Lokale reden zu lassen. Schon eine Stunde vor Beginn war der Saal, der etwa nur 200 Personen faßt, überfüllt und mußte abgesperrt werden. Vor dem Gewerkschaftshause hatten sich viele Tausende eingefunden. Ein starkes Aufgebot von Schutzpolizei zu Fuß und zu Pferde sorgte für Ordnung. In dem Augenblick, da die Automobile mit den Rednern vorfuhren, brach ein wüster Lärm aus. Die Nationalsozialisten sangen nationalistische Lieder, während das Reichsbanner Schwarzrotgold die Internationale anstimmte. Eine Zeitlang ließ die Polizei diesen Wechselgesang zu. Dann aber schritt sie ein und räumte die Straße. Dabei kam es mehrfach zu heftigen Zusammenstößen, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Die Versammlung selbst begann pünktlich um acht Uhr. Zuerst sprach der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe. Er wies darauf hin, daß er bei seinem Besuch in Paris von allen Menschen aufs wärmste aufgenommen worden sei, und er sprach die Hoffnung aus, daß sich auch in Deutschland die Atmosphäre recht bald so weit klären möge, daß auch ein Franzose hier ruhig das Wort zur internationalen Verständigung ergreifen dürfe. Sodann sprach, mit lautem Beifall begrüßt,

Professor Basch

Er hielt seine Rede in deutscher Sprache. In der Hauptsache beschäftigte er sich mit den Angriffen rechtsgerichteter Kreise gegen seine Person und vor allen Dingen gegen seine Berliner Rede. Diese sei durchaus mißverstanden worden. In der Kriegsschuldfrage stehe er auf dem Standpunkt, daß sie nicht von Tagespolitikern, sondern von Gelehrten und Wissenschaftlern nach Oeffnung aller Archive ganz abseits vom politischen Tagesstreit gelöst werden müsse. Er hoffe, daß die Brücke der Verständigung, die von Frankreich bereits geschlagen sei, nun auch von Deutschland gestützt werde. Frankreich habe mit der Demokratie begonnen, und nun müsse auch Deutschland nachfolgen. Nach ihm erklärte Ferdinand Buisson es für notwendig, daß Deutschland so schnell wie möglich in den Völkerbund hineinkomme.

Gegen ½10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Die Polizei hatte die Straße in weitem Umfange abgesperrt. Der Abmarsch des Reichsbanners vollzog sich in völliger Ruhe.

•

Der „Temps" gegen die französischen Pazifisten

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 7. Oktober. Den französischen Pazifisten, die sich augenblicklich in Berlin aufhalten, erteilt der „Temps" eine scharfe Lektion. Er macht sie darauf aufmerksam, daß eine deutsch-französische Annäherung nicht durch derartige „Redensarten und begeisterte Kundgebungen" zustande gebracht werde. Die Pazifisten Frankreichs mögen daran denken, daß die Annäherung sehr schwierig und nur nach langer Zeit zu verwirklichen sei. Wunder könnten sich nicht ereignen. Das Blatt befürchtet sogar, daß man in Deutschland unter dem Eindruck der französischen Redner über die wahren Absichten irregeleitet würde.

•

Der „Temps" gibt sich einer Täuschung hin. Man weiß in Deutschland nur allzu gut, wie geringen Einfluß die französischen Pazifisten auch unter der Regierung Herriot auf die Außenpolitik Frankreichs besitzen. In ihrer Heimat stoßen sie zumeist auf ironische Behandlung ihrer Bestrebungen. Die Warnung des „Temps" sollte aber in Deutschland zur Richtschnur für die Beurteilung der pazifistischen Bewegung in Frankreich genommen werden. Sie ist dort noch schwächer als bei uns. Ihre Führer sind zum Teil zwar persönlich hochachtbare und von aufrichtiger Friedensliebe erfüllte Persönlichkeiten, aber politisch so gut wie einflußlos. Darüber können auch die schönsten internationalen Kongresse nicht hinwegtäuschen. Das deutsche Volk ist sehr gern bereit, alle auf die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hinarbeitende Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen — aus diesem Grunde verurteilen wir auch die gestrigen sinnlosen und außenpolitisch schädlichen rechtsradikalen Demonstrationen in Potsdam —, aber es muß, durch allzuviel Erfahrungen belehrt, die Friedensbestrebungen in pazifistischer Form nach wie vor mit äußerster Skepsis betrachten. Die in den verschiedenen pazifistischen Organisationen vereinigte europäische Friedensbewegung von heute dürfte kaum geeignet sein, der Erhaltung des Friedens in einem Momente wirklicher Gefahr irgendwie zu dienen.

Verzicht auf Rapallo?

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 7. Oktober.

„Freundlich in der Form, entschlossen und bestimmt im Inhalt", so wird Herriots Antwort auf das deutsche Völkerbundsmemorandum, die gestern nach Berlin geschickt wurde, charakterisiert. Es ist zu erwarten, daß der französische Ministerpräsident im Rahmen des von ihm selbst in Genf aufgestellten Programms geblieben ist. Die Vorbesprechung mit Macdonald brachte eine Verständigung über die Deutschland zu erteilende Antwort in einigen Punkten zustande. Obwohl der Inhalt der französischen Antwort als streng vertraulich betrachtet wird, sind, wie immer, einige Einzelheiten bekannt geworden. Einige Boulevardblätter berichten, daß Herriot die deutsche Regierung vor die Wahl stelle, entweder mit Rußland zusammenzugehen oder in den Völkerbund einzutreten unter der Bedingung, daß der Vertrag von Rapallo den Bedingungen des Völkerbundpaktes „angepaßt" werde. Mit andern Worten: das Pariser Kabinett spricht den Wunsch aus, daß Deutschland gleichzeitig mit seinem Eintritt in den Völkerbund das Genfer Protokoll anerkennt und an dessen Vervollkommnung mit arbeitet. Sollte der Rapallovertrag mit dem Genfer Protokoll nicht vereinbar sein, so wäre Deutschland genötigt, den Rapallovertrag aufzugeben.

Es wird bekannt, daß sich über diese Frage weitere Verhandlungen zwischen Berlin und Paris entwickeln werden. Diplomatische Kreise sprechen sogar die Ansicht aus, daß Herriot durch diesen Schachzug eine Verbindung zwischen der russischen Anerkennungsfrage und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herstellen wollte. Die französische Antwort läßt weiteren Verhandlungen die Tür offen. Herriot ist bereit, die Wünsche und Anregungen der deutschen Regierung gemeinschaftlich mit den alliierten Kabinetten einer baldigen Prüfung zu unterziehen, jedoch unter der Voraussetzung, daß Deutschland den Eintritt nicht von einer Abänderung des Paktes abhängig macht.

Die in dem deutschen Memorandum aufgeworfene Frage eines Kolonialmandates soll in der Note nicht angeschnitten sein. Die vom Auhenamt informierten Vertreter der Presse erhielten aber gewisse Andeutungen, aus denen hervorgeht, daß die Mandatsfrage nach Bericht des Quai d'Orsay in der Hauptsache eine englische Angelegenheit sei. Was Frankreich betreffe, so stünde einer Aufrollung des Kolonialproblems nichts im Wege. Freilich müsse sich vorher in den deutsch-französischen Beziehungen eine deutliche Besserung und Festigung einstellen. Das poincaristische „Echo de Paris" verspottet Herriots „Illusionspolitik", die sich angeblich darauf richte, dem französischen Publikum „ein friedfertiges Deutschland vorzutäuschen". Die Boulevardpresse steht der Note im allgemeinen kühl gegenüber. In den drei Kartellorganen wird Herriot gelobt und Deutschland der Rat gegeben, „von der seltenen Gelegenheit schleunigst Gebrauch zu machen".

•

Keine Einwendungen gegen einen ständigen Ratssitz

× **Berlin**, 6. Oktober. Wie wir erfahren, ist die Antwort der französischen Regierung auf das Memorandum der Reichsregierung vom 29. v. M. über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund heute abend hier eingegangen. Der Inhalt der Antwort läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die französische Regierung gegen einen ständigen Ratssitz Deutschlands Einwendungen nicht erheben würde. Es wird jedoch die Erwartung ausgesprochen, daß der Aufnahmeantrag ohne Vorbehalt und Bedingungen gestellt wird. Die Antwort der französischen Regierung und das Memorandum vom 29. September werden veröffentlicht werden, sobald die Antworten der übrigen Mächte vorliegen, was in wenigen Tagen der Fall sein dürfte.

Der Weltfriedenskongreß

× **Berlin**, 7. Oktober. Am Sonntag fand im Plenarsitzungssaal des Reichstages die Eröffnungssitzung des 23. Weltfriedenskongresses statt. Senator La Fontaine (Belgien) hielt die Eröffnungsansprache. Einleitend bezeichnete der Redner die Tatsache, daß die diesjährige Tagung in Berlin stattfinde, als ein Zeichen der Ermutigung und Hoffnung. Er schloß mit einer Zukunftsvision von einer exterritorialen Welthauptstadt als Sitz des Völkerbundes und Symbol der Vorherrschaft des Geistes über die Gewalt.

Hierauf ergriff, mit stürmischem Händeklatschen begrüßt, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, der frühere Unterrichtsminister Professor Buisson das Wort. Er gedachte der für die Sache des Friedens gefallenen Märtyrer und feierte Jaurès als den größten Franzosen seiner Zeit. Frau Pethie-Lawrence (England) überbrachte die Grüße der englischen Friedensfreunde. Sodann begrüßte der Vorsitzende La Fontaine Fridtjof Nansen. Die Versammelten erhoben sich ihm zu Ehren von ihren Plätzen. Nansen dankte für den ihm bereiteten herzlichen Empfang.

Als letzter Redner nahm der frühere Reichstagspräsident Loebe das Wort. Er schloß mit der Forderung: „Hinein in den Völkerbund! Hinein in das Genfer Abrüstungsabkommen!"

Mit kurzen Dankes- und Schlußworten des Senators La Fontaine wurde die Sitzung geschlossen.

Die erste Vollsitzung

wurde am Montag in dem Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats abgehalten, nachdem am Sonntag abend in den Gesellschaftsräumen des ehemaligen Prinz-Friedrich-Leopold-Palais ein festlicher Empfang vorausgegangen war. Dazu waren u. a. der Herzog Max von Sachsen und Graf Arco erschienen. Das Deutsche Auswärtige Amt war durch mehrere Herren vertreten. In der Montagsversammlung überbrachte Oberbürgermeister Dr. Boeß Grüße der Reichshauptstadt und Reichstagsabgeordneter Erkelenz Grüße der Deutsch-Demokratischen Partei. Frl. Marceile Cappt (Paris) schilderte die Arbeit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Auf eine Frage aus der Versammlung, wo der Vertreter der Reichsregierung bleibe, erwiderte der Vorsitzende Professor Quidde, daß das Auswärtige Amt vertreten sei. Reichspräsident Ebert empfing am Nachmittag eine Abordnung des Kongresses zum Tee.

Präsident La Fontaine (Belgien) erstattete in französischer Sprache den politischen Bericht als Grundlage der Verhandlungen. Er begrüßte die in Genf vom Völkerbund geleistete Arbeit und bedauerte, daß fast in allen Ländern die Staatsmänner noch im Geiste der Vergangenheit lebten.

Graf Keßler bezeichnete die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit im Völkerbund als eine der größten Errungenschaften, womit die weitere große Errungenschaft verbunden sei, daß der Angriffskrieg als internationales Verbrechen verfemt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19241008/1